

Service Check: Wirkungsmessung

Anfrage

In ihrem Rechenschaftsbericht des Jahres 2006 erwähnt die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) auf Seite 12 ihres Kapitels, dass der Service Check seit Juni 2006 im Einsatz steht. In zehn Zeilen wird das System kurz beschrieben, es werden keine weiteren Angaben gemacht. Es werden keine Zahlen bezüglich der Anzahl Haushalte und Arbeitnehmenden genannt, die das System nutzen. Auch auf der Website der VWD gibt es keine weiteren Angaben.

Dennoch ist es sehr wichtig, diese Daten für den ganzen Kanton, aber auch pro Bezirk zu kennen, um die Effizienz und den Nutzen einschätzen und so das Fortbestehen des Service Checks sicherstellen zu können. Die Notwendigkeit, über klare Angaben zu verfügen, ist umso grösser, als die Einführung dieser Dienstleistung in den Medien gross angekündigt wurde, wobei die Erwartungen bezüglich Bekämpfung der Schwarzarbeit und Lohndumping sowie die Hoffnung auf eine leichtere Integration von Migrantinnen besonders unterstrichen wurden.

Ich richte deshalb folgende Fragen an den Staatsrat (SR):

1. Wie sieht die zahlenmässige Bilanz des Service Checks nach den ersten 12 Monaten seit seiner Einführung aus? Wie viele "Haushalte bzw. Arbeitgebende" und Arbeitnehmende nutzen dieses Systems? Gibt es eine Nutzungsstatistik des Service Checks pro Region oder Bezirk? Wie hoch sind die betroffenen Lohnmassen?
2. Das Amt für den Arbeitsmarkt (SPE) ist mit der Leitung des Service Checks beauftragt. Welche Aufgaben übt das Amt im Rahmen dieser Leitung genau aus? Gibt es einen Leistungsauftrag in diesem Bereich?
3. Ist der Staatsrat der Meinung, dass alle Möglichkeiten insbesondere bezüglich der Integration ausgeschöpft werden, die der Service Check allenfalls bieten könnte? Wären die erfahrenen und in diesem Bereich bereits aktiven Vereine nicht besser geeignet, um den Service Check zu verwalten und zu führen?
4. Ist der Staatsrat in der Lage, die finanziellen und steuerlichen Vorteile des Service Checks einzuschätzen (gewonnener Anteil an den Einkommen aus Schwarzarbeit)?

15. Juni 2007

Antwort des Staatsrats

Das Service-Check-System vereinfacht das Verhältnis zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden für alle Arbeiten im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (Hausarbeit, Kinderbetreuung, gelegentliche Gartenarbeit usw.). Die Arbeitgebenden zahlen den Lohn ihrer Angestellten und Service Check übernimmt alle administrativen Aufgaben bezüglich der Sozialversicherungen der Arbeitnehmenden (AHV/IV/ALV/EO, Unfallversicherung und Quellensteuern). Dieses System ist heute in der gesamten Romandie

verbreitet. Ein Internetportal wurde im Übrigen geschaffen, das Zugang zu den verschiedenen Systemen bietet (www.cheques-emploi.ch).

Das SPE hat ab Ende 2005 die Lancierung des Service-Check-Systems im Kanton Freiburg geleitet. Im Rahmen dieser Tätigkeit holte es als erstes Informationen bei den anderen Kantonen ein, sorgte danach für die Koordination mit verschiedenen Staatsstellen (insbesondere mit der kantonalen Steuerverwaltung, dem Amt für Bevölkerung und Migration und der kantonalen Sozialversicherungsanstalt), bevor es das Konzept fertig stellen konnte.

Entgegen der Meinung von Grossrat Ganioz, wird der Service Check heute nicht mehr vom SPE geleitet. Wie es der Verfasser der Frage wünscht, wurde die Leitung des Service Checks einem unabhängigen Verein übergeben, dem Verein Service Check. Dieser privatrechtliche und nicht gewinnorientierte Verein wurde von der kantonalen Steuerverwaltung mit Entscheid vom 4. Mai 2007 steuertechnisch als gemeinnützig anerkannt.

Die Erfahrung der anderen Kantone hat gezeigt, dass die Unabhängigkeit von den Staatsstellen ein wichtiger Erfolgsfaktor für ein Service-Check-System ist. Die Mitglieder legen grossen Wert auf diesen Punkt, wie auch auf die Gewährleistung der Vertraulichkeit und die Beachtung der Grundsätze des Datenschutzes. Im Übrigen hat der Service Check nur zum Ziel, die Arbeitgebenden von den administrativen Aufgaben zu entlasten und den Arbeitnehmenden eine grundlegende soziale Sicherheit zu bieten und zwar ohne staatliche oder polizeiliche Überwachung. Genauso wenig hat das System zum Ziel, die Integration von Migrantinnen und Migranten zu erleichtern, denn es steht allen Personen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zur Verfügung.

Für alle operationellen und administrativen Aufgaben hat der Verein Service Check eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt (siehe Amtsblatt vom 25. Oktober 2005) und schliesslich dem Centre d'intégration socioprofessionnelle (CIS) vor drei weiteren Bewerbern den Vorzug gegeben und den Auftrag erteilt.

Um die Fragen beantworten zu können, hat die Volkswirtschaftsdirektion den Verein Service Check kontaktiert. Dieser war bereit, bestimmte Daten herauszugeben, die gemäss den Grundsätzen der Westschweizer Koordination der Service-Check-Projekte an Dritte weitergegeben werden können.

Der Staatsrat kann daher die Fragen wie folgt beantworten:

1. Die aktuelle Bilanz des Freiburger Service-Check-Systems kann als zufriedenstellend gewertet werden. Sie liegt innerhalb der Prognosen, die von etwa 200 Mitgliedern bis Ende 2007 ausgehen. Gemäss den Angaben des Vereins waren im Juli 2007 insgesamt 131 Arbeitsverträge registriert, die über eine Lohnmasse von knapp 61'000 Franken mit Sozialversicherungsbeiträgen von etwa 10 000 Franken abgeschlossen wurden.

Das Inkrafttreten der Gesetzgebung über die Schwarzarbeit auf den 1. Januar 2008 wird zweifellos Neuanmeldungen begünstigen.

2. Der Service Check wird nicht vom SPE geleitet, das in diesem Bereich keine spezifischen Aufgaben erfüllt.
3. Der Staatsrat ist der Meinung, dass das System gut funktioniert. Der Service Check wird ganz nach den Wünschen von Grossrat Ganioz von einem Verein geführt. Wie bereits

erwähnt, hat der Service-Check nicht zum Ziel, die Integration von Migrantinnen und Migranten zu erleichtern.

4. Die finanziellen und steuerlichen Vorteile, die die Tätigkeit des Vereins Service Check bringt, sind bekannt. Diese Daten können jedoch nicht publik gemacht werden, denn sie unterstehen den Regeln der Vertraulichkeit, ohne die das Service-Check-System nicht funktionieren könnte.

Freiburg, den 6. November 2007